



Industrie- und Handelskammer  
Halle-Dessau

## **Vollversammlung am 7. Dezember 2022**

### **TOP 2 - Bericht des Präsidenten**

Meine Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich wünschte, ich könnte Ihnen in meinem Bericht verkünden, dass sich die wirtschaftliche Lage verbessert hat, dass die Dinge sich entspannen oder, dass wir ein Licht am Ende des Tunnels sehen.

Leider ist nichts davon der Fall, im Gegenteil: Wir alle spüren den Ernst der Lage. Die diversen Krisen haben nun zu einem Konjunkturreinbruch in der vollen Breite der Wirtschaft geführt, der wahrscheinlich eine längere Abschwungphase einleitet.

Bei näherem Hinsehen kann das nicht überraschen, erleben wir doch derzeit mehrere Angebotskrisen, die die Wirtschaft mit voller Härte treffen.

Energieknappheit, Rohstoffknappheit, Knappheit bei diversen Vorprodukten und sog. Halbzeugen wegen noch immer bzw. erneut unterbrochener Lieferketten etc. – hinzu kommt die Knappheit bei Fach- bzw. Arbeitskräften generell – ein eigenes Kapitel für sich. Kurz und schlecht: multiple Angebotsprobleme.

Zudem haben die Inflationsraten erstmals seit den 50er-Jahren wieder zweistellige Werte erreicht. Die Erzeugerpreise lagen im September sogar rund 45 Prozent höher als im Vorjahr – so etwas gab es seit Beginn der statistischen Aufzeichnungen in der Bundesrepublik noch nie!

Meine Damen und Herren,

ich will in meinem Bericht auf einzelne dieser Angebotskrisen kurz eingehen und auch darauf, was zu tun ist, um diesen beizukommen. Aber unabhängig von den einzelnen Politikfeldern scheint mir eines ganz besonders wichtig – und das möchte ich meinen Ausführungen voranstellen:

Wir erleben derzeit vielfach in der Bundesrepublik eine *Politik der Gesinnung*, die sich in ideologische Gräben zurückzieht und jede Gesprächsbereitschaft oder Zugänglichkeit für Argumente verloren zu haben scheint.

Was wir aber stattdessen brauchen, ist eine *Politik der Verantwortung und der Kompromissbereitschaft!*

Verantwortung den Bürgern und auch den Unternehmern gegenüber, den vielfältigen und komplexen Fragen unserer Zeit nicht mit Plattitüden aus dem Parteibuch entgegenzutreten, sondern Handlungsoptionen und deren Auswirkungen realistisch zu bewerten. Und dann eben auch entsprechend im Interesse des Landes zu handeln. Das muss auch heißen, eigene Interessen zurückzustellen!

Verantwortlich und verantwortungsvoll zu handeln, heißt für mich auch, alles politisch in unserer Macht Stehende zu tun, um einen fundamentalen Treiber der aktuellen Krisen und die fundamentale Ursache für unendlich viel vermeidbares menschliches Leid zu beenden. Ich spreche natürlich vom schrecklichen Krieg in der Ukraine.

Deutschland ist keine unmittelbare Kriegspartei. Wir können nicht entscheiden, ob und wann die Waffen ruhen. Die Bundesrepublik besitzt aber politisches und diplomatisches Gewicht. Und dieses sollte sie nutzen, um auf einen baldigen Frieden hinzuwirken. Das heißt zunächst: Friedensvoraussetzungen erörtern und eine Gesprächsbasis schaffen.

Vor allem bedeutet es auch, sich rhetorisch für Frieden einzusetzen und nicht für Krieg. Dies kann die Politik sehr wohl beeinflussen und dies ist ein Standpunkt der unseren Werten entspricht.

Wir können das nicht allein, sondern nur mit vielen willigen Partnern. Ich finde aber, es stünde uns gut zu Gesicht, wenn wir an dieser Stelle die Vorreiterrolle einnehmen würden – nicht immer nur bei einer verfehlten Energiewende oder einer von Empörungsrhetorik und Betroffenheitsbeteuerung begleiteten undiplomatisch wirkenden Außen- und Menschenrechtspolitik.

Meine Damen und Herren,

ich sprach die Angebotskrisen bereits an. Und am ersten Beispiel – nämlich der Energiekrise – lässt sich sehr gut illustrieren, was man in einer Angebotskrise tun und was man unterlassen sollte.

Politisch sollte man alles tun, um das Angebot auszuweiten oder zumindest weitere politische Beschränkungen des Angebots zu vermeiden. Es hilft aber bei der Auflösung der Engpässe im Grunde überhaupt nichts, mit Milliardenpaketen die Nachfrager zu entlasten. Denn das zaubert ja auch kein Gas in die Speicher und keinen Strom ins Netz.

Was aber macht die Politik? Vorziehen des Kohleausstiegs, Abschalten der letzten drei Atommeiler im April 2023 und Faktenverweigerung beim Fracking.

Was brauchen wir? Das genaue Gegenteil!

Niemand kann so naiv sein, ernsthaft zu glauben, dass die Energiekrise im April 2023 vorbei sein wird. Politisch verantwortlich wäre also, sofort neue Brennelemente zu beschaffen und alle notwendigen Vorbereitungen für den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke zu treffen. Und zwar so lange, bis die Lage am Energiemarkt sich wieder einigermaßen normalisiert hat. Wir sind unter den Industrienationen das einzige Land, dass diese Logik missachtet!

Gleiches gilt auch für die Braunkohle. Zudem müssen wir alle verfügbaren regenerativen Energiequellen schnellstmöglich auf den Markt bringen.

Und natürlich müssen wir auch heimische Gasressourcen erschließen. Stand heute bleibt Gas-Fracking in Deutschland trotz gegenteiliger Empfehlungen der Fracking-Kommission der Bundesregierung verboten. Gleichzeitig entstehen im Rekordtempo aber LNG-Terminals an der deutschen Küste für den Import ausländischen Fracking-Gases.

Das ist nicht nur ökonomisch unsinnig, denn das Angebot am Weltmarkt für LNG wird ja nicht plötzlich größer, wenn wir als zusätzlicher Nachfrager auftreten. Zudem erscheint es mir auch ökologisch äußerst fragwürdig, Gas in riesigen Mengen auf wenig umweltfreundlichen Schiffen über den Atlantik zu transportieren, während wir es ebenso direkt aus unserem Boden holen könnten.

Zudem ist das Ganze auch ökonomisch alles andere als effizient: Ein Fünftel bis ein Viertel des geladenen Gases geht quasi beim Transport verloren.

Meine Damen und Herren,

die zweite Angebotskrise betrifft die Verfügbarkeit von Rohstoffen und Vorprodukten. Denn die Weltmärkte haben sich ja immer noch nicht ganz von Corona erholt.

Verantwortliche Politik würde in dieser Lage alles vermeiden, was Öl ins Feuer gießen könnte. Nur leider regiert sowohl in Berlin als auch in Brüssel wieder mal die *Gesinnung*. Und dieser Gesinnung folgend, schiebt die Politik – um dem Ganzen die Krone aufzusetzen – die *Verantwortung* auch noch den Unternehmern zu: Die Unternehmer sollen, so das Lieferkettengesetz Deutschlands und auch der EU, gewissermaßen „Weltpolizist“ spielen.

Im Gegenteil: Es läge ausschließlich in der Verantwortung der Politik, mit diplomatischen Abkommen humanitäre Standards in gegenseitigem Einvernehmen zu definieren!

Und da liegt die Crux: Weil die Politik mit dem Export westlicher gesellschaftlicher Standards gescheitert ist, sollen Standortentscheidungen und Lieferbeziehungen nun politisch reglementiert werden und der Unternehmer wird als Erfüllungsgehilfe in die Pflicht genommen.

Und statt Unternehmen, die sich im Ausland engagieren, einmal eine Verschnaufpause zu verschaffen, insbesondere um einseitige Abhängigkeiten verringern und sich bei Beschaffung und Produktion diversifizieren zu können, kommen mit den Lieferkettengesetzen neue Bürokratiemonster auf sie zu.

Das für das deutsche Lieferkettengesetz zuständige Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, kurz BAFA, hat nun die ersten Fragebögen an betroffene Unternehmen verschickt. Darin finden sich auf 25 Seiten sage und schreibe bis zu 437 Abfragen, die Unternehmen jetzt berichten müssen.

Auch hier gilt: Es muss alles vermieden werden, was die Angebotsengpässe verschärft. Bundesregierung und EU-Kommission jedoch tun das Gegenteil!

Meine Damen und Herren,

als wäre all dies nicht schon schlimm genug, haben wir noch eine dritte Angebotsknappheit zu bewältigen, die zwar nicht einem plötzlichen Krisenereignis folgt, sondern einem schon lange bekannten demografischen Trend. Das macht sie aber nicht einfacher zu bewältigen.

Ich meine den Fachkräftemangel, der sich langsam, aber beständig verschärft. Die fundamentale Ursache liegt auf der Hand: Für zwei Personen, die in unserer Region altersbedingt aus dem Erwerbsleben ausscheiden, rückt nur eine junge Person nach.

Zwei zu Eins, eine einfache und dennoch unbarmherzige Relation, die bei allen verantwortungsbewussten Entscheidern die Alarmglocken erklingen lässt.

Es gilt wieder: Es ist alles zu vermeiden, was die Knappheit verschärft. Und auch hier stellen wir fest: Die Bundesregierung macht das genaue Gegenteil!

Wir zählen allein im IHK-Bezirk immer noch 44.000 Arbeitslose. Angesichts des Fachkräftemangels eigentlich ein Unding! In dieser Knappheitssituation müssen wir doch alles tun, um möglichst jeden Arbeitsfähigen auch in Arbeit zu bringen. Das heißt: vorhandene Potentiale heben – rasch, entschlossen, konsequent!

Stattdessen beschließt der Bundestag nun eine Maßnahme, die unter dem schönen Titel „Bürgergeld“ das Gegenteil bewirken wird. Statt nämlich Anreize zur Arbeitsaufnahme zu erhöhen, besteht die ernste Gefahr, dass aufgrund des immer geringer werdenden Lohnabstandes selbst Menschen, die noch erwerbstätig sind, es sich zweimal überlegen werden, weiter arbeiten zu gehen.

Das ist politisch verantwortungslos! Und vor allem konterkariert es unsere Bemühungen, dem Fachkräftemangel wirksam zu begegnen. Denn während die Politik Geschenke verteilt, nehmen Unternehmen ihre Verantwortung für die Sicherung der Fachkräftebasis natürlich wahr.

Das zeigt sich am stabilen Ausbildungsmarkt, der gerade jetzt den Scherbenhaufen auffegt, den das allgemeine Bildungssystem in Corona-Zeiten hinterlassen hat. Wir als Wirtschaft geben jungen Menschen Perspektiven, die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen ist ungebrochen hoch.

Und nicht nur bei der Erstausbildung nimmt die Wirtschaft ihre Verantwortung wahr. Wir setzen uns auch dafür ein, die Weiterbildungsbeteiligung zu erhöhen, um damit einen Beitrag zur Fachkräftesicherung zu leisten.

Unser Arbeitskreis Bildung hat beispielsweise gemeinsam mit Bildungsdienstleistern eine Unternehmensumfrage durchgeführt, auf deren Basis nun zwölf Handlungsempfehlungen für die Verbesserung der Weiterbildung erarbeitet wurden. Diese schlagen wir Ihnen heute auch zur Beschlussfassung vor.

Und wo, meine sehr geehrten Damen und Herren, bleibt eigentlich der viel beschworene Bürokratieabbau? Die dabei freigesetzten Arbeitskräfte wären hoch willkommen, wenn sie denn für wertschöpfende Arbeiten noch einsetzbar wären.

Den Deutschen Bundestag auf die Hälfte der Abgeordneten zu reduzieren, wäre ein gutes Vorbild! Aber leider zeigt eben dieses Beispiel das komplette Versagen eines politischen Systems.

„Der Fisch beginnt eben am Kopf zu stinken“ – so heißt es!

Meine Damen und Herren,

es braucht auch nicht viel Phantasie, um sich die Anreizwirkungen eines Bürgergeldes auf das Existenzgründungsgeschehen auszumalen. Natürlich sind Unternehmer zunächst einmal Menschen, die den Weg in die Selbstständigkeit suchen, um selbst zu gestalten, und für die es nicht sehr naheliegend ist, sich für das Nichtstun bezahlen zu lassen.

Unternehmer sind realistisch und auch rational. Und es ist ja nicht nur der finanzielle Anreiz fürs Nichtstun allein. Selbst gestandene Unternehmer stellen sich bei all den Ausuferungen der deutschen Bürokratie das eine oder andere Mal die Sinnfrage.

Es ist daher naiv, ernsthaft davon auszugehen, dass die Leistungsbereitschaft in unserer Gesellschaft vom Bürgergeld unberührt bleibt. Und unser aktueller IHK-Gründerreport zeigt uns ja jetzt schon, dass die Zahl der Neugründungen zurückgeht.

Immerhin – und das ist ein Lichtblick – sind sieben von zehn Unternehmen, die in den letzten fünf Jahren gegründet wurden, immer noch am Markt. Früher war diese Quote viel geringer – da überlebte nur jedes zweite Unternehmen die ersten fünf Jahre.

Meine Damen und Herren,

die Beratungsresistenz mancher politischen Akteure sollte uns nicht resignieren lassen. Wir werden auch weiterhin versuchen, mit der Kraft unserer Argumente wirtschaftspolitische Notwendigkeiten zu benennen und alles in unser Macht Stehende tun, um uns für bessere Rahmenbedingungen einzusetzen.

Abschließend möchte ich daher auf unser ganzseitiges Statement in der überregionalen Tageszeitung FAZ hinweisen. Gemeinsam mit dem Präsidium unserer IHK haben wir uns zu dieser deutlichen Positionierung entschieden. Unterstützt wurden wir dabei auch von der IHK Gießen-Friedberg, von der IHK Cottbus und von der Handwerkskammer Halle (Saale). Den Text aus der Feder unseres Hauptgeschäftsführers, unterstützt durch hilfreiche Anmerkungen unserer Präsidialmitglieder, haben wir als „Statement“ in der FAZ abdrucken lassen. Wir hoffen zuversichtlich, nicht nur in der Sache den richtigen Ton getroffen, sondern zugleich auch in Ihrem Sinne gehandelt zu haben. Sie finden das Statement in Ihrer Tischvorlage.

- Gespräch mit dem Chefredakteur der Magdeburger Volksstimme, Herrn Kösters, und Herrn Höhne von der Mitteldeutschen Zeitung
- Hintergründe erläutert und auf die Besonderheiten im IHK-Bezirk hingewiesen (Corona, Braunkohleausstieg, Pipelinegas)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!